

Saale-Zeitung.

Sechshundertsechzigster Jahrgang.

Anzeigen

Werbung... 20 Pfg. berechnete... Reichweite...

Bezugspreis... 2,50 M. durch die Post... am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis...

Nr. 171.

Salle a. S., Donnerstag, den 14. April.

1910.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 13. April.

Am Ministertische: v. Breitenbach, Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die Gegenwartszahl betr. die

Vermeidung von Doppelbesteuerungen

In verschiedenen Bundesstaaten und betr. das Ruhegehalt der nicht zugleich als Lehrer angestellten Organisten, Kantor- und Organisten werden in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte unverändert angenommen, ebenso in dritter Lesung der Gesekontaur betr. die Einlegung von Bezirksbahnhöfen und eines Landesbahnhofs.

Der Eisenbahnetat.

Die allgemeine Besprechung über die wirtschaftliche Seite des Eisenbahnetats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

Im Prinzip sind wir mit dem Ausgelschloß einverstanden, aber nicht mit der vorgeschlagenen Form. Der Schuldenstand Preußens stehen große Werte gegenüber. Deshalb sollte man mehr Eisenbahnanlagen auf Anleihen übernehmen. Der freundlichen Beurteilung der Eisenbahnverwaltung möchte ich mich an. Sie verdient sich durch Zuverlässigkeit und Präzision aus. Wer viel im Ausland reist, freut sich, wenn er wieder auf deutsche, auf preussische Eisenbahnen übergehen darf. (Beifälle Zustimmung.) Zu bemerken ist, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Verträge über Kohlenlieferung bisher zu teuer abgeschlossen hat. Die Marineverwaltung ist da geschickter vorgegangen. Sie hat, als ihr die Preise hier zu hoch waren, englische Kohlen bezogen. Erwünscht wäre ein billigerer Tarif für Eis im Interesse der mittleren und kleinen Bauereien. Für das Abtragen von Frachtgütern durch die Volkswagen sollte es einen festen Tarif. Die Beförderung der Frachtgüter sollte beschleunigt werden. Die Beförderungen auf Dampfschiffen der Fabrikarten-Neuer sollten nicht ruhen. In der Frachtpolitik sind wir uns England nach über. Die Besetzung beim Zolltarif werden die Geschäftsleute, insbesondere Berlin herangezogen, trifft nicht zu. Man sehe nur einmal an Sonntagen die „Ständesperionen“ in den Vororten, die nicht ihren können! Warum sträubt man sich so sehr gegen die Bekämpfung des Diebstehes? Das läge im Interesse des Verkehrs. Man hat ja auch den Budget verlegt. (Zuruf rechts.) Nun, wenn Sie auch dafür sind, so wird der Minister doppelt Anlaß haben, dafür einzutreten. Die Wirtschaftspolitik des Reiches schädigt den Verkehr. Der Minister sollte seinen Einfluß geltend machen, damit die Reichswirtschaftspolitik besser wird. (Beifall links.)

Abg. Korianta (Vole)

fordert stärkere Berücksichtigung der Verkehrsinteressen Ober-schleisens. Eine Tarifherabsetzung ist nötig und ohne Schädigung der Staatskasse möglich. Der Absatz der ober-schleisensischen Industrieprodukte wird durch die Polenpolitik gefährdet.

Minister v. Breitenbach

erwidert den Redner. Bleibt aber, da er der Tribüne den Rücken zuwendet, fast völlig unverständlich. Er bekräftigt, daß die Eisenbahnverwaltung bei den Kohlenlieferungsverträgen schlicht gefahren sei. Die Befreiung des Verkehrs nach dem Osten solle möglichst gefördert werden. Wsu schnell hätte dabei aber nicht vorgegangen werden, andernfalls wäre eine völlige Umwälzung der Fahrpläne die Folge.

Abg. Borgmann (Soz.):

Die Beförderung der Hunderttausende und Millionen auf der Berliner Stadtbahn ist menschenunwürdig. Warum wird die zweite Klasse auf der Berliner Stadtbahn aufrecht erhalten? Doch nur wegen der Ertüchtlichkeit, die einzelne Kreise fordern. Bei den Arbeiterfahrern hätte sich der Minister nicht auf die Stellung dieses Hauses berufen sollen, das nie für die Interessen des arbeitenden Volkes etwas übrig gehabt hat.

Abg. Heine (nfl)

verlangt Tarifermäßigungen für Ziegelei-Produkte.

Abg. Klingmann (nfl)

Schwebung der Tarife für Seefische im Interesse der Hochseifischer.

Abg. Wagner-Schmiedberg (Vp.)

Beschwert sich über Zurücksetzung der Stadt Schmiedeburg im Kleinsten durch ungünstige Tarife und Eisenbahnverbindungen.

Abg. Schupp (Vp)

äußert Wünsche für den Borsortverkehr nach Kaufdorf und Biesdorf.

Abg. Dr. Hahn (konf)

verlangt Förderung der Hochseifischer von Geestmünde durch Tarifermäßigung für Seefische. Aufzählung sei gerade den zeitigen Arbeitern besonders wichtig, auch den Abgeordneten wünsche er viel Fischot.

Minister v. Breitenbach:

Zweckmäßiger als eine Ermäßigung der Tarife ist für den Transport von Seefischen die Möglichkeit einer schnelleren Beförderung. Was in der Hinsicht noch gegeben kann, wird gegeben. Auch die Eisenbahnverwaltung will dazu beitragen, daß die Fische ein wirkliches Volkstransportmittel werden. (Beifall.) Die Einschränkung der Arbeiterfahrern auf die 50 Kilometerzone entspricht einem Bedürfnis des Volkes. Wir kann es nur wünschen sein, wenn ich mich bei meinen Entschlüssen auf die

überwiegende Mehrheit des Hauses stützen kann. Das ist der Fall bei den Arbeiterfahrern.

Abg. Kirsch (Ztr.)

wendet sich gegen das Ueberhandnehmen der geschäftlichen Kesselflapate auf den Bahnhöfen. Zwischen diesen verschwinden die Fahrpläne und Bekanntmachungen völlig. Die Verwaltung sollte auch der abschließlichen Abklärung von Anträgen nicht Vorlauf leisten, wie das in amtlichen Bekanntmachungen der Berliner Direktion geschieht, die die „Bahnamtlich zugelassene Berliner Geschäftsförderung“ schärfend als „Bsp.“ bezeichnet. Derartige Konjunkturaussagen finden sich vornehmlich in der preussischen Sprache. Der Minister ist doch noch, wie Kattowitz gezeugt hat, für das polnische Votum nicht besonders eingenommen.

Abg. Broers (Ztr.)

fordert den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern für Eisenbahngeselle, die sich nicht teuer stellen, als Bauten von Mietskasernen. Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den „Dauernden Ausgaben“ Titel „Reisungen“ beantragt

Abg. Frhr. v. Cessa (konf)

zur Geschäftsordnung, die Erörterung über eine Reihe von Beamtenpetitionen bis nach Erhebung des Gesamtakts zurückzuführen. Die Petitionen könnten dann eingehender beraten werden.

Abg. Dr. Schröder-Casse (nfl)

ist im allgemeinen hienit einverstanden, will aber die Äußerung beim Ein- und Zweifamilienhäusern für Eisenbahngeselle, die sich nicht teuer stellen, als Bauten von Mietskasernen nicht zuzulassen.

Abg. Frhr. v. Cessa (konf)

Wenn wir die Äußerung nicht behandeln, beschwerten sich alle anderen Beamten.

Abg. Götting (Vp)

wünscht sofortige Besprechung aller Beamten- und Arbeiterfragen, da die Gefahr bestehe, daß die fraglichen Petitionen im Sommer in den Papierkorb fliegen.

Die Abg. Fund (Vp) und Borgmann (Soz.) sprechen sich in gleichem Sinne aus.

Abg. Dr. König (Ztr.)

tritt für den Antrag Cessa ein. Dieser Antrag wird darauf mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten angenommen. Danach werden also sämtliche Beamtenfragen aus der Tagesdebatte ausgeschlossen und nur die Arbeiterfragen behandelt.

In der Besprechung des Kapitels „Reisungen“ bepricht

Abg. Gronowski (Ztr.)

die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnhändler und Arbeiter, die weder der Gewerkschaft, noch dem Arbeitgeberlichen Gesellschaften unterliegen. Die Löhne seien nicht immer ausreichend. Der Lohnzuschuss enthalte nicht. Konsumistische Arbeiter verdienten in verschiedenen Bezirken mehr als die Eisenbahnarbeiter. Der Affordlohn sei ein ständiger Quell von Unzufriedenheit. Der Redner bepricht die Art der Reaktionen der Hauptwerkstätten. Da werde vorerst gepust und geist, und wenn ganz hoher Fleiß kommt, auch lachend, natürlich nicht die Herren, sondern die Maschinen. (Heiterkeit. Zurufe von den Soz.) Sie (zu den Soz.) können auch einmal lachend werden! (Zurufe von den Soz.: Nicht von Ihnen! Heiterkeit.) Er habe sich, schließt der Redner, hier auf erfüllbare Wünsche der Arbeiter beschränkt und sich nicht als der „wahre Jafob“ der Arbeiter ausgepielt. Die Sozialdemokraten täten auch besser, nicht nur rabuläre Reden zu halten, sondern für erfüllbare Wünsche der Arbeiter einzutreten. Aber dann ginge der Nimbus der Sozialdemokratie verloren. (Sehr richtig! im Ztr.)

Abg. Frhr. v. Cessa (konf)

verlangt Einführung des Adrusens zu den Zügen auf den kleineren Stationen.

Minister v. Breitenbach

sagt das zu. Die Arbeiterauschüsse bei der Eisenbahn wirken legerlich. Ich wünsche aber, daß ihnen alles ferngehalten wird, was ihre Tätigkeit einengt und beschränkt. Abg. Gronowski wünscht die Einrichtung von Direktionsarbeiterauschüssen. Ich spreche es offen aus, daß wir kein Verlangen haben, die Arbeiter-schaft weiter zu organisieren als durch die Arbeiterauschüsse in der Lokalfabrik. Hat eine Direktion das Verlangen, diesen oder jenen Arbeiterauschuss zu hören, so heißt ihr das frei. Auch der Minister ist in der Lage, sich dauernd über die Wünsche der Arbeiter zu informieren. Die Arbeiterwünsche finden weitgehende Berücksichtigung. Den Verhältnissen des Lokarmates folgen wir dauernd. In den Jahren 1899-1908 haben sich die Gehälter der Beamten um 22, die Löhne der Arbeiter um 24 Prozent erhöht. Wir können nicht jetzt mit einer allgemeinen Lohnerhöhung vorgehen. Die Befreiung der Affordlohn würde für viele Arbeiter ein vermindertes Einkommen zur Folge haben. Revisionen von Wert-sätzen haben selbstverständlich nur einen Zweck, wenn sie unermutet stattfinden. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Schröder-Casse (nfl):

Die Handwerker und Arbeiter legen besonderes Gewicht auf die Arbeiterauschüsse. Besonders unangenehm empfunden werden von den Handwerfern die häufigen Vorkunditionen, die oft 9 bis 15 Mark im Monat betragen. Die Arbeitszeit wird zwischen übermäßig ausgedehnt, sie sollte, wie nicht leicht bei der Privat-industrie geschieht, gestürzt werden. Bei der Herabsetzung der Arbeitszeit muß man von Stundenlohn zum Tagelohn übergehen, weil tatsächlich die Arbeiter in einer längeren Zeit ebensolch leisten, wie wenn ihre Kräfte länger in Anspruch genommen werden.

Minister v. Breitenbach

erwidert, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter und Handwerker sich nach den Durchschnittslöhnen richten.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom 13. April 1910.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl eines Schriftführers (an Stelle des verstorbenen Abg. Hermes). Gewählt wird durch Affirmation, auf Vorstoß des Abg. v. Hertling, der Abg. Doornann. Weiter stehen auf der Tagesordnung eine Anzahl

Petitionsberichte.

Mehrere Eingaben ohne allgemeines Interesse werden beab-tos nach den Vorarbeiten der Petitionskommission erledigt. Ueber eine Petition der Berliner Fleischer-Innung um Erleichterung der Einführung von lebendem Schlachtwiech durch Aufhebung der Herabsetzung der Viehzahlle auf eine angemessene Zeit beantragt die Kommission Ueberlegung zur Tagesordnung. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt dagegen Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. Scheidemann (Soz.)

bestwortet diesen Antrag. Die erleichterte Zulassung lebenden Schlachtwiech sei um so mehr geboten, als ja durch sanitäre Maßnahmen auch die Einfuhr von Fleischkonserven außerordentlich erschwert und dadurch verringert worden sei, obwohl die Unschädlichkeit der ausländischen Fleischkonserven genügend dadurch illustriert werde, daß ja die Marinerverwaltung von diesen Konserven Gebrauch mache. Daß unsere Landwirtschaft den Fleischbedarf Deutschlands zu decken vermöge, sei unzutreffend. Daß man untern Schlachtwiechbestand in Fleisch um, so ergebe sich, daß der Fleischbestand pro Kopf seit 7 bis 8 Jahren um 9 Proz. gesunken sei.

Abg. Stengel (fortsch. Vp.)

Meine Freunde haben daher verzichtet, selber einen Antrag auf Berücksichtigung der Petition einzubringen, weil wir wissen, daß die Herren Agaziar ihn ja doch ablehnen. Aber wir werden dem sozialdemokratischen Antrag natürlich zustimmen, obwohl wir nicht erwarten, daß die Mehrheit ihm zustimmen werde.

Abg. Sped (Zentr.):

Diese letztere Annahme des Vorredners dürfte zutreffen. (Seitertzeit im Ztr. und rechts.) Wir lehnen den Antrag der Herren ab im Interesse unserer deutschen Landwirtschaft. Darauf wird der Antrag der Kommission auf Ueberlegung zur Tagesordnung angenommen gegen Sozialdemokraten, fortschrittlich, Volkspartei und Polen.

Eine Petition von Bäcker-Innungen, von Frankfurter Innungsauschuß und Einzelhandlern wünscht Maßnahmen (evtl. ein Verbot) gegen die

Bekämpfung von Reichs- und Staatsbeamten in Konsumvereinen. Sei ein Verbot nicht angänglich, so müsse den Beamten weitflens nahegelegt werden, aus den Konsumvereinen auszutreten bzw. sie aufzulösen.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt dagegen Ueberlegung zur Tagesordnung.

Abg. Scheffel (Ztr.):

Die Ueberhandnahme der Konsumvereine bedeutet einen unheilvollen Zerfallsprozess für zahlreiche wirtschaftliche Mittelstandsgelitzten. Der Mittelstand hat stets den berechtigten Interessen der Beamten Vorlauf geleistet, er muß aber auch von diesen Gegenleistung fordern. Wir bitten daher, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Schoepflin (Soz.)

für den Antrag seiner Fraktion, wendet sich namentlich gegen das von dem Frankfurter Innungsauschuß befristete Verlangen einer Resolution der „Allgemeinen Handwerker-Versammlung“ zu Frankfurt a. M. am 9. Dezember 1909 nach „Euerliche“ an Maßnahmen gegen die Konsumvereine. Am allerwenigsten könne man den Massen den Zusammenschluß zu Konsumvereinen gerade jetzt verbieten, wo ihnen, den Massen, durch neue Verbrauchssteuer der Lebensunterhalt so sehr verteuert worden sei.

Abg. Weber (nfl):

Wir vernehmen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die dem Mittelstand durch Warenhäuser und Konsumvereine erwachsen. Aber andererseits muß ich dem Vorredner darin beipflichten, daß es gar nicht auslösbar ist, dem Mittelstand durch solche steuerliche Maßnahmen. Wie sie hier gewünscht werden, zu Hilfe zu kommen. Jede Bekämpfung, etwa durch Warenhaussteuer, wird ja doch abgewandt durch Verträge zwischen den Warenhäusern und ihren ab liegenden Fabrikanten. In Sachsen hat man ja in dem Warenhaussteuergelei bestimmt, diese Steuer solle nicht abgewandt werden. Aber einen Erfolg hat das nicht gehabt, der Umkehr dieser Handelsformen ist nur weiter getrieben. Wie dem Mittelstand zu helfen ist, das wird ja vielleicht bei einem weiteren Gegenstand heutiger Tagesordnung, dem Antrage König u. Gen., zu erörtern sein. Auch hinsichtlich der Konsumvereine darf man nicht so weit gehen, wie die Petition es wünscht, wenn es auch nicht richtig ist, Beamten-Konsumvereine in Staatsgebäuden unterzubringen. Unter keinen Umständen kann man den Beamten, also einseitig oder einzelnen Kategorie, verbieten, Konsumvereine beizutreten oder solche selbständig für sie zu bilden. Wichtig und angebracht ist es dagegen, die Konsumvereine, da sie tatsächlich kapitalistische Unternehmungen sind, der staatlichen und kommunalen Einkommensteuer zu unterwerfen. Daher ist es richtig, über die Petition nicht zur Tagesordnung überzugeben, sondern sie, wie die Kommission es vor schlägt, als Material zu überweisen.

Abg. Hindenbrand (Soz.):

Gerade die Bäderinnungen, die hier mit solchen Wünschen kommen, haben bei uns den Reichsstand genossenschaftlich aus-

phakt; gerade die Hand also die gefährlichsten Gegner des kleinen, des Mittelhandels. Um so weniger haben auch die Konserativen Ursache, der Petition Vorstoß zu leisten.

Hr. Gleditsch (Str.):

Steuertfrei sollen die Konsumzölle nicht bleiben. Man darf sie aber nicht Spezialzöllen erdrosseln.

Hr. Meißner (wirtsch. Bg.):

weist die Bornähe Scheppfins gegen die Wählerinnen zurück. Die Stellungnahme der Sozialdemokraten in dieser Frage erstreckt sich darauf, daß ja für die Konsumzölle lediglich Arbeiter-Kampfgesellschaften gegen den Willen seien.

Hierauf wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt gegen Sozialdemokraten und fortschrittliche Volkspartei, und der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgt der Antrag **H 51 a** bzgl.

Wiederaufhebung der Eosinführung

der zum niedrigen Zollsaße eingeführten Eose. In Verbindung damit steht zur Beratung eine ebenfalls auf Abänderung der Gerstenverordnung (Zst. Färbung der Gerste) gerichtete Petition Schleswig-Holsteiner und niederdeutscher Müller und Getreidehändler. Die Kommission beantragt Ueberweisung der Petition als Material.

Hr. Carlsson (fortsch. Bp.):

weist darauf hin, daß die Bedenken gegen die Färbung sich als berechtigt erweisen könnten. Man solle diese Frage keinesfalls als eine politische behandeln. Habe sich doch Mißtrauen gegen die Färbung auch bis weit in ländliche Kreise hinein gezeigt. Aber über diese Bedenken der ländlichen Kreise und der Händler lege sich die Regierung hinweg. Tatsächlich seien als Folge der Färbung mit „Eosin-Gerste“ enttäuschende Erträge der Eingeweide maßgenommen worden. Professor Lewin in Berlin habe dies festgestellt, und er bitte, doch solchen Gutachtern daselbst Gewicht beizumessen wie den Gutachtern der Regierung. Man sollte sorgfältig die Färbung abschaffen. (Beifall links.)

Reichshofrat: Vermuth:

Die Frage der Colninführung hat große praktische Bedeutung. Wir haben alle Mittel zur Kennzeichnung verfaßt. Der Wunsch nach Färbung der Gerste entstand nicht in agrarischen Kreisen, sondern in denen der Müller und des Handels. (Hört, hört rechts.) Wir haben mehr als ein Dutzend Fachkolleje untersucht, aber am besten hat sich Eosin erwiesen. Es war alles ganz schön in Ordnung, bis plötzlich die Alarmdrüsen klangen, da eine ungutere Aufzucht veranschlagt. Bereits sah man den Keim haben mit verdorbenen Samen bedeckt. (Heiterkeit.) Wir haben darauf Färbungs- und Vergiftungsversuche angestellt, auf den Gütern und in den Laboratorien, im Reichsgesundheitsamt, und keiner dieser Versuche hat gesundheitsgefährliche Folgen gehabt. Das wünschenswerthe von dem, was ein Tier bei normaler Färbung bekommt, ist verdrängt worden, aber kein Tier hat es fertig gebracht, auch nur irgend eine gesundheitsgefährliche Wirkung zu zeigen. Jetzt ist Verabreichung eingetreten und man sollte nicht von neuem Unisicherheit in die Interellenkreise tragen. (Beifall.)

Hr. Wagner-Farrirßen (Str.):

stellt sich auf den Standpunkt des Staatssekretärs.

Hr. Dr. Köhler (lonk.):

desgleichen. Wenn die Samen politisch gefälscht wären, dann würden sie vielleicht eine Abzweigung gegen das rote Eosin haben; da sie sich aber nicht um Politik kümmern, haben sie keinen Widerwillen dagegen.

Hr. Weber (nrl.):

Wir haben nun einmal die Zollunterwerfung im Zolltarif, folglich müssen wir denaturieren und ein besseres Mittel gibt es einstweilen nicht. Gesundheitsgefährlich ist es nicht, aber weil im Publikum eine Abzweigung gegen die rote Gerste besteht, haben die Großmüller das benutzt, um die kleinen und mittleren Müllern und Händler zu schädigen. Dagegen muß Schlichte geschaffen werden.

Staatssekretär: Vermuth:

Es ist richtig, daß bei dem jetzigen Verfahren die Großmüller Vorteile haben. Wir sind in Erwägungen begriffen, wie diesem Mißstand abgeholfen ist. Es wird das Gesehene entweder durch Verfürgung der Vergünstigungen der Großmüller oder durch Gewährung von Vergünstigungen auch an die kleinen Müllern.

Hr. Stolte (Sog.):

äußert sich im Sinne der Antragsteller.

Hr. Dr. Burchardt (wirtsch. Bg.):

Ich habe Chemie studiert und weiß, daß Eosin giftig ist. Be ruhigen Sie sich also. (Heiterkeit.)

Hr. Fester (Bp.):

Ob giftig oder nicht, jedenfalls ist das Eosin eine Erfindung für den Handel und für die Kleinmüller.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Resolution wird gegen die Volkspartei und gegen die Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Haus verlag: 13.

Donnerstag 12 Uhr: Nationalliberale Interpellation über das Kaiserliche Ehrenabzeichen, Zuständigkeit des Reichsgerichts, schweblicher Handelsvertrag. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Neue Verhandlungen im Baugewerbe.

In zwölf Stunden soll nun von einer großen Provinzialstadt aus noch einmal der Versuch unternommen werden, ob die Riesenaußsperrung im Baugewerbe, die für den 15. d. M. beschloffen ist, nicht noch umgangen werden kann. Hierzu wird gemeldet:

Magdeburg, 13. April. Die gestern im hiesigen Rathause gesprochenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sollen heute fortgesetzt werden. Dem „Zentralanzeiger“ zufolge soll es sich um ein letzter Versuch gemacht werden, auf die Leistung der beiden Verbände im Sinne einer Verständigung zu wirken. Auch die „Magdeburger Zeitung“ behauptet, daß, sowie die hiesigen Verhandlungen zur völligen Verständigung geführt haben werden, dann auf dieser Grundlage eine Einmütigkeit auf die großen Verbände verfaßt werden soll. Die Aussperrung wird hier inzwischen ohne Rücksicht auf den Verständigungsversuch durchgeführt werden, es sei denn, daß es noch heute zum Ziel führen sollte, was nicht ganz ausgeschlossen ist.

Die weiter gemeldet wird, werden die Magdeburger Arbeitgeber heute eine Delegation nach Berlin senden, um sich dort mit dem Arbeitgeberbund und den Einwohnern zu setzen. Die Magdeburger Arbeitgeber sollen schon

seit längerer Zeit eine von der Mehrheit abweichende Haltung eingenommen haben.

Weitere Aussperrungsbefehle.

In einer Besammlung des Breslauer Arbeitgeberbundes für das Maurer- und Zimmergewerbe wurde gestern nach zweitägiger Verhandlung beschloffen, am Freitag abend sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter auszusperrten. Eine Kommission wird die Bauten von Zeit zu Zeit zu kontrollieren, um festzustellen, ob der Beschluß auch innegehalten wird. Es kommen für Breslau nahezu 2000 Baugeschäfte in Betracht. Gegen 6000 Arbeiter sind in Mittelschleife gezogen. Der Schluß des Arbeitergewerkschaftsverbandes in der West- und Gmazeit ist beschloffen, sämtliche organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter in Bremen, Oldenburg, Hildesheim, Hannover am Freitag auszusperrt. — Der Landesverband Baden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe beschloß am 15. April die Arbeitersperrung und Schließung aller Baugeschäfte Badens. — Die Vereinigung der Arbeitgeber im Baugewerbe Württembergs hat beschloffen, daß die Aussperrung der organisierten Arbeiter am 15. April abends 6 Uhr beginnen soll.

Die Lage in Berlin.

Seit heute abend, als am Vorabend der Aussperrungen, finden zahlreiche Versammlungen der Bauarbeiter im Reich statt. In Berlin halten nicht nur die Maurer, wie bereits angedeutet, eine außerordentliche Generalversammlung ab, auch die Bauhilfsarbeiter sind zu einer solchen zusammengerufen. Eine ganze Anzahl Bauarbeiter-Versammlungen im Reich hat den Beschluß gefaßt, sich während des Kampfes des Alkoholgesetzes zu enthalten. Die Steinarbeiter der Bau- und Großsteinbrände haben jetzt ihre Lohnbewegung in friedlicher Weise erledigt. In einer Versammlung der beteiligten Arbeiter, die gestern abend in Berlin stattfand, wurde der zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte Tarifvertrag mit 163 gegen 77 Stimmen angenommen. Der Tarif, der bis zum 31. März 1913 läuft, bringt den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 85 auf 90 Pfennig und neben verschiedenen anderen Aufbesserungen. Die bisherige Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden bleibt bestehen. Überstunden werden mit 25 Pfg., Nachtarbeit mit 45 Pfennig Aufschlag pro Stunde vergütet.

Theodor Fontane an den Fürsten Eulenburg.

In dem nächsten bei Fontane & Cie. in Berlin erscheinenden zweiten Bande der Briefe Theodor Fontanes befindet sich u. a. auch ein Brief des Dichters an den damaligen Grafen Philipp Eulenburg, der später als Fürst eine so traurige Berühmtheit erlangt hat. In diesem Schreiben, das ein helles Bild auf die zahlreiche Gegnerlichkeit wirkt, mit der Fürst Bismarck Zeit seines Lebens überall zu kämpfen hatte, heißt es:

„Wir müssen für unsere Größe begehren und für die Größe des Kaisers, der uns zu unserer eigenen Größe recht eigentlich erst verholfen hat. Den Eulenburgs ist dabei noch ein Opferplus angebrochen oder, da sich jetzt alles um Steuern dreht, eine Uebersteuerung oder doch ein Steuerzuschlag auferlegt worden. Graf Botho mußte fallen. Es ist mir so gewiß, wie zwei mal zwei vier, daß es eine reine Finanzfrage gewesen ist. Und weil ich es so ansehe, deshalb habe ich gegen Herrn Beter. Man muß nicht mehr wollen, als man kann. Wer mit einem Kien anbinden will, muß selber einer sein. Ohne Kampf, unter Anwendung keiner Mittel, sind freilich zu allen Zeiten Kien gefügt worden; aber was ein Intrigant kann, kann ein Ehrenmann nicht, eben weil er der ist, der er ist. Ihr Herr Beter glaubte sich im Bewußtsein seines Rechts und seiner Lokalität berechtigt und vielleicht sogar verpflichtet, in einen Zweikampf mit dem allmächtigen Minister einzutreten und überhals dabei die tatsächlichen Machtverhältnisse. Daraus machte ich ihm, bis zu einem gewissen Punkt, einen Vorwurf. In der Alternative wird der Kaiser immer für Bismarck sein. Dies muß jeder wissen. Der Kaiser wäre nicht Kaiser Wilhelm, wenn er anders wäre. Dies ist der Kardinalunterschied zwischen ihm und seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV., der keine großen Taten neben sich ertragen und deshalb auch keine Dankbarkeit für die Wohlthaten anderer in seinem Herzen vorziehen konnte. Der Kaiser ist ein Despot; aber er darf es sein, er muß es sein. Wer er es nicht, wir er ein parlamentarisches Ideal, das sich durch das Dummste, was es gibt, durch Majoritäten, bestimmen läßt, so hätten wir überhaupt noch keinen Kaiser und am wenigsten ein Deutsches Reich. Ihr Herr Beter hat den Fehler gemacht, daß er die Gegnerlichkeit erst laut und offenkundig werden ließ, statt schon zu gehen, als sie noch still, aber ihm sicherlich schon erkennbar war.“

Graf Botho Eulenburg wurde am 31. März 1870 Minister des Innern. Seine erste Leistung war die Ausarbeitung und Verteidigung des Sozialengesetzes nach dem Attentat auf Kaiser Wilhelm I. im Reichstag im Oktober 1878, welchem dann die Fortführung der Verwaltungsreform folgte. Da Eulenburg hierbei mit dem Fürsten Bismarck in Konflikt geriet, weil er diesem zu nachgiebig schien, nahm er im Februar 1881 seine Entlassung und wurde nicht lange darauf zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassel ernannt. Nach dem Rücktritt des Grafen Caprivi vom Ministerpräsidenten, ward er im März 1892 Minister des Innern. Mit dem Ministerium Hofenlohe erfolgte wiederum sein Rücktritt.

Die Reichsregierung und Elsaß-Lothringen.

Gegenüber der Erklärung des Staatssekretärs Fehren. Jörn v. Bulach im Elsaß-Lothringischen Landesausschuß zur Verfassungsfrage, daß der Antrag zur Reform von Straßburg ausgegangen sei, betont eine Berliner Meldung der „Mittl. N.“, daß in ihren Informationen die Sache anders liegt. Der „Elsaß-Lothringische Anzeiger“ der Provinz des Reichslandes endlich als dem Zustande der Ermögung zur Tat zu führen, sei in Berlin gefaßt worden. Als der Statthalter Graf Wedel in den Tagen des Ordensfestes um die Mitte Januar in Berlin weilte, habe der Reichsminister eine damals viel beachtete Konferenz mit ihm gehabt und am 14. März im Reichstage die Reform angekündigt. Das Blatt fügt hinzu, es stehe heute schon ganz unzweifelhaft fest, daß die Verfassungsreform nur mit monarchistischer Spitze aufzubrechen kommt, und zwar so, daß der deutsche Kaiser erblicher Landesfürst von Elsaß-Lothringen mit allen Rechten und Pflichten eines solchen sein wird.

Parlamentarisches.

Ein Gedicht aus Halle.

(Meldung unseres parlamentarischen Mitarbeiters.) Berlin, 13. April 1910.

In der Sitzung der nationalliberalen Landtagsfraktion, die der getriggen Abstimmung über die Wahlfestsetzungsvorlage voranging, verlas unser Abgeordneter Dr. Reif ein ihm — leider anonym — zugegangenes Gedicht aus Halle a. S., das bei den vollständig anwesenden Mitgliedern der Fraktion lebhafteste Heiterkeit erregte.

Die sehr netten Verse beziehen sich auf den Brandenburger Parteitag der nationalliberalen Partei, der am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Professors Dr. Reibig getagt hat, und in dem der Dichter die glücklicherweise ungetriggerte Besorgnis vor einem Umfallen der Nationalliberalen in der Wahlfestsetzung ausgelöst hatte. Sie lauten:

Was bleibt nun von den Deuten,
Die jüngst erst vor Jungliberalen
Ein Keil verlor und Geiering?
Sie gingen schände in die Wälder,
Wird wieder ein Gericht von Linken
Die alten Anprudslosen ring.

Ein Schiff, geführt von solchem Schiffer,
In Angst liets vor der roten Fäule,
Gerät natürlich auf den Sand.
Was es auch jetzt den Kurs noch haben —
Die Worte gilt — es bleibt kein Altes,
Im Schlepptau von Herrn Bedenkens.

Statt fest zu bleiben, klar und löblich,
Ist alles, selbst der Vorfall, ledig!
Wer besitzt direkt noch und geheim?
Wer auf: Ein Ende mit dem Schächer?
Man frucht des Kaltes Überlächer,
Was gilt die Wette — auf den Reim!

Soffen wir, daß der wertvollste Dichter unrecht behält,
auch wenn demnachst der Versuch aus dem Herrenhaus an die nationalliberale Landtagsfraktion herantritt!

Der Senatoronent des Reichstages einigte sich dahin, vor Simmelstadt die Arbeiten abbrechen. Die beiden Kommissionen zur Vorbereitung der Reichsverwaltungsordnung und der Justizgesetze soll aber auch während der Vertagung ihre Arbeiten fortführen. Es wird beantragt, den Mitgliedern derselben besondere Diäten zu gewähren. Bis zur Vertagung sollen möglichst noch erledigt werden das Kafftege, die Abänderung des Strafrechtbuchs und die Vorlage über die Wertzuwachssteuer. Ferner in erster Lesung am Donnerstag die Vorlage betr. Entlastung des Reichsverkehrs, deutsch-schweizerischer Handelsvertrag und Reichsbeitragsgesetz, am Freitag und Sonnabend die Wertzuwachssteuerentwurf, die Fernsprechtarifverordnung und kleinere Vorlagen. Am Montag folgt dann die Reichsverfassungsordnung.

Die Kommission des Reichstages nahm gestern ihre durch die Osterpause unterbrochenen Verhandlungen wieder auf und legte die Generalabstimmung fort, ohne sie zu beenden. Die Verhandlung wurde zum größten Teil durch die Auseinandersetzung über die Fortlegung der Auslandsverträge und das Auslandsprelle des Handelsrats auszufüllen. Sozialdemokraten und Zentrum, unterstützt von einem Mitgliede der fortschrittlichen Volkspartei, verlangten die rückfällige Mitteilung dieses Materials, wozu sich die Regierung außerstande erklärte, da ihr das Material von den Werken unter der Verpflichtung der Vertraulichkeit mitgeteilt worden sei. Das Zentrum stellte einen Verlangenstrang, daß ihm zur Zeit, und der sozialdemokratische Antrag auf Fortlegung des Materials wurde abgelehnt, nachdem man sich daran erinnert hatte, daß der gleiche Antrag schon vor Jahren von der Kommission zum Beschluß erhoben worden war. Handelsminister Sadow erklärte sich für befugt, bis zu einem gewissen Grade die gewünschten Mitteilungen mündlich vertraulich zu machen.

Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages lehnte gestern eine Reihe von Änderungsanträgen zu § 33 (Zulassung von Anträgen bei Interpellationen) ab und nahm dann folgende auf Zentrumsanträgen beruhende Fassung an: „Nach Erlaß eines Reichstagsantragsantragsvorwurfsgehebes dürfen bei der Vorbereitung von Interpellationen Anträge gestellt werden, die dahin gehen, daß der Reichstag sich über die Willkür des Verfahrens des Reichstages auszusprechen möge. Diese Anträge müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein.“

Die Kommission des Reichstages für das Stellenvermittlungsgesetz beschloß den Vorbesatzentscheidungen die Befugnis zu erteilen, über das Stellenvermittlungsgesetz hinausgehende Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Vermittler zu erlassen. Im hiesigen wurde das Gesetz ohne wesentliche Änderungen in erster Lesung angenommen.

Heer und Flotte.

General Anstosch Pascha.

Der seit neun Jahren als Inhaber für die türkische Artillerie tätig war, hat Konstantinopel verlassen. Er fuhr mit dem Dampfer nach Constanta und wird von dort nach Trebin weiterreisen, um in die kretische Armee zurückzutreten. Die Festlichkeiten und Ehrungen, die dem General von dem türkischen Militärkorps in den letzten Tagen be reitet wurden, sowie die zahlreiche Gesellschaft zum Schiff (von ungefähr 100 Personen, darunter die Hälfte Türken, anwesend waren), beweisen, welche Zuneigung er sich hier überall erworben hat. Im Auftrage des Sultans erstigen der Generaladjutant Fürst Sid Pascha, um ihm und dem in einigen Tagen ebenfalls aus Konstantinopel heimkehrenden Reformen v. Ditturth Pascha die Grüße des Sultans zu überbringen und dessen Dank für die der türkischen Armee geleisteten Dienste auszusprechen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Eröffnung der Brüsseler Weltausstellung.

Wie der deutsche Reichskommissar durch die „Ständige-Ausstellungskommission für die deutsche Industrie“ bekannt gibt, wird die Weltausstellung in Brüssel 1910 am Sonntag

abend, den 23. April, nachmittags 2 Uhr, durch den König der Belgier eröffnet werden. An einem festlichen Fest, an welchem die amtlich akkreditierten Vertreter der beteiligten Länder teilnehmen, wird sich ein Festmahl des Königs durch die gesamte Ausstellung angeschlossen. Am Abend des 24. April veranstaltet die Stadt Brüssel einen Kaut im Rathaus. Die deutsche Abteilung wird am Montag, den 25. April, nachmittags, durch einen Empfang im deutschen Hause feierlich eröffnet werden.

Ein sozialdemokratisches Volksfest.
Bei dem Empfange auf Brüssel, das in sozialdemokratischen Kreisen zum guten Ton gehört, verdient es Beachtung zu werden, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Heim bei der Demonstration am Sonntag, der 24. April, zufolge erklärte, er wolle nicht an das Heineke'sche Volksfest auf Brüssel teilnehmen; denn Brüssel habe in der Tat Großartiges geleistet, das lasse sich gar nicht leugnen!

Soz. und Personalnachrichten.
Der württembergische Minister des Innern v. Wischel ist in einer dringenden Angelegenheit plötzlich nach Berlin berufen worden.

Ausland.

Zum Marine-Streik in Marseille.

Der Ausbruch der eingeschriebenen Seeleute in Marseille hat gestern an Ausdehnung gewonnen. Die anderen maritimen Arbeiterverbände schließen sich den ausländischen Schiffsbesatzungen an, um ihnen ihre Sympathie zu zeigen. Die kleineren Zwischenfälle des vorgestrigen Tages wiederholten sich gestern in noch erheblichererem Umfange, so daß Polizei und Militär die äußersten Kräfte aufzubieten mußten, um Ruhe und Ordnung einigermaßen wiederherzustellen. Um 4 Uhr nachmittags legte sich ein ungewehrter, aus Streikenden aller Gewerke zusammengesetzter Zug von der Arbeitsbörse aus nach dem Bahnhof in Bewegung. Als die Spitze des Zuges in die Rue de Noailles einbog, erschien ein Trambwagen. Man suchte das Fortgehen zu hindern. Polizei und Kanallere erschienen auf der Bildfläche, und unermüht erfolgte ein heftiger Zusammenstoß, bei dem

zahlreiche Verwundungen

auf beiden Seiten vorliefen. Endlich konnten die Ausständigen abgedrängt werden. An der Ecke des Quai de la Fraternité wurde ein zweiter Angriff auf einen Trambwagen ausgeführt, diesmal mit mehr Erfolg. Der Stomachnehmer des Wagens wurde zerstört, so daß das Gefährt still stand. Als auch hier Kugeln, Säuren und Schlingelnetze einwirkten, empfangt sie ein regelrechter Steinhaufen, dem auch die Fensterhebel des Wagens zum Opfer fielen. Dies war das Zeichen zu einem wahren Straßenkampf, zu einem erbittertesten Handgemenge. Nach langem Kampfe wurde der Widerstand auch hier gebrochen, und von allen Seiten auseinandergetrieben schlichteten die Demonstranten in die Nebenstraßen. Einige unangenehme Verhaftungen wurden ausgeführt. Ein großer Teil der Ausständigen hatte sich indessen zur Arbeitsbörse zurückgezogen, wo ein neues Meeting stattfand. Als Nebenergebenis erfolgte zur Fortsetzung des Aufstandes auf auch die Typographen haben sich in die Bewegung gemischt. Die Tramway-Angelegenheiten dagegen nahmen die Arbeit wieder auf, ebenso die Handlungsangelegenheiten und Ladenverkäufer, wogegen die Kohlenträger mindestens zum Wiederbeginn der Heibelarbeiten geneigt sind. Die Fabrikerte, 6000 an der Zahl, ferner die Dozarbeiter, Vollwäcker und Aufwäcker lehnten für gestern ein

24stündiger Demonstrationsstreik

ins Werk. Von den Kleinnern und Matrosen hofft das Streikkomitee das gleiche. Eine letzte, zu später Nachtstunde in der Arbeitsbörse gehaltene Versammlung legte die Einzelheiten betreffs des geforderten Ausstandstages fest. In der Nacht langten 500 Gen darmen und ein Kavallerie-Regiment aus Lyon und ein Alpenjäger-Bataillon aus Graisse und Antibes in Marseille an.

Die Zahl der Ausständigen

wird auf etwa 20 000 geschätzt. Zu ihnen zählen die Straßenbahn, die Dozarbeiter, die Kupfer- und Eisenhämmer, die Warenhausangestellten und Kaufmannsgehilfen. Von den 1700 Angestellten der Maritimer Stadthafen kehren nur wenige zur Arbeit zurück. Die Bahngesellschaft verfuhrte, daß diesen wenigen einen provisorischen Dienst aufrecht zu halten, wurde jedoch gezwungen, alle Wägen in die Depots zurückzuführen. Ueber die Stadt ist die Belagerungsaufnahme durchgeführt. Da auch eine Ausdehnung des Streiks auf die Bäder zu befürchten ist, sind Militärbäder requiriert worden.

Die Neutralität der Niederlande.

8 Aus dem Haag wird gemeldet:
Die offizielle „Nieuwe Courant“ befrachtet einen Artikel über die Unabhängigkeit Hollands und Belgiens, den jüngst die Londoner Monatschrift „Nineteenth Century“ aus der Feder des Kapitän Cecil Pattine veröffentlicht hat. Das Blatt sieht in diesen Darlegungen einen Versuch, durch Förderung einer Militärkonvention zwischen Holland und Belgien die französisch-englische Entente dem Deutschen Reich gegenüber zu stärken. Damit wurde jedoch Holland seine gegenwärtige strikte Neutralität, die für Holland einzig heilam ist, preisgeben. Auch bezweifelt das Blatt, ob die Interessen Hollands und Belgiens im Falle eines deutsch-englisch-französischen Konfliktes unbedingt dieselben wären. Uebrigens brauchen die ausländischen Regierungen nicht zu wissen, in welcher Richtung Holland sich auf gewisse Eventualitäten vorbereite, solange es sich nicht Neutralität teuer zu verkaufen bereit ist.

Kühler Abchied eines Botshafers.

In der Wiener diplomatischen Welt und Gesellschaft wird der Kühne und beinahe trotzig stolische Bedrohen, der dem gewöhnlichen Botshafers der Vereinigten Staaten Charles S. Francis zuteil wurde. Francis hat es in der ganzen Zeit seines Tätigkeits nicht verstanden, den Kontakt mit der diplomatischen Welt in Wien herzustellen. Er fand nicht einmal den Weg zu der sehr angesehenen amerikanischen Kolonie Wiens. Francis hatte kein eigenes Haus und wollte

leht dies im Zustand. In der letzten Zeit wohnte er nur in einem Hotel. Diese Umstände haben sein Verbleiben in Wien mit der Zeit unmöglich gemacht.
Nun wird vielfach erzählt, daß Kaiser Franz Josef dem verabschiedeten Botshafers das uelle Abschiedsgeschenk versagte, das der Monarch sonst den sich verabschiedenden Botshafers überreichte. Da die amerikanischen Botshafers keine Orden dürfen, so wurde es in Wien Sitte, daß der Kaiser den amerikanischen Botshafers bei ihrem Abschied sein Fortritt mit der eigenhändigen Unterschrift schenkte. Dieses Geschenk hat Francis nicht erhalten.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Thronfolge in Monaco.
Viel bemerkt wurde, daß der Erbringer Louis von Monaco bei der Einweihung des Oceanographischen Museums nicht anwesend war. Der Erbringer ist seit seiner unglückseligen Beirat mit seinem Vater zerfallen und dürfte auch von der Thronfolge ausgeschlossen werden. Ihn auszuweichen, dazu hat der Kaiser als absolutistischer Gouverneur das Recht. Ein Land an Frankreich abzutreten, ist nicht nach seinem Schmach, eher dürfte ein Anwerander, der Herzog Wilhelm von Urach, als Thronfolger in Betracht kommen. Der Herzog ist ein Verwandter des württembergischen Königshauses und Kommandeur der 26. Kavalleriebrigade in Ludwigsburg.

36. Vollversammlung des Deutschen Handelstages.

(Nachdr. verb.) S. & H. Berlin, 13. April.
Unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder sowie der Reichs- und Staatsbehörden trat heute vormittag im Ranghof-Haus der Deutsche Handelstag zu seiner 36. Vollversammlung zusammen, um zu einer großen Anzahl von Fragen, die den Handelsstand gegenwärtig in seiner Gesamtheit tief berühren, Stellung zu nehmen. Als Vertreter der Behörden sind angemeldet: vom Reichsamt des Innern Staatssekretär Delbrück, vom Reichspostamt: Geh. Oberpostamt Wernu, vom Kaiserlichen Statistischen Amt: Präsident Dr. v. Borchg., vom Königl. preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe: Minister Sydow. Auch die Ministerien der übrigen deutschen Bundesstaaten sind durch ihre Staatsbeamte vertreten.
Nun nach 10 Uhr eröffnet der Präsident Kämpf die Versammlung. Zu Vorklängen werden ferner noch gemeldet: Präsident Robinson (Hamburg) und Geheimrat Vogel (Chemnitz), als Schriftführer Dr. Jordan (Bremen), Dr. Kliten (Stuttgart) und Dr. Seyh (Krefeld).

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Der Reichsminister ist zu seinem Behauern verbunden und hat mich mit seiner Vertretung beauftragt. Es liegt mir ob, Ihnen in jenem Namen zu danken und Ihren Verhandlungen besten Erfolg zu wünschen. Auch der preussische Minister für Handel und Gewerbe ist durch bringende Dienstgeschäfte verhindert. Ich spreche auch in jenem Namen und in dem der übrigen Vertreter der Bundesregierungen. Ich habe die Erinnerung an die gemeinschaftliche Arbeit nicht vergessen. Ich habe sie mit hinübergenommen in mein neues Amt und baue darauf die Hoffnung auf, daß es auch in meiner jetzigen Stellung, der ja die Handels- und wirtschaftlichen Interessen auch anvertraut sind, mir ebenso gelingen wird wie bisher mit Ihnen zum Wohle des Vaterlandes zusammenzuarbeiten. (Beifall.) Der Reichsregierung liegt daran, mit einer Organisation zusammenzuarbeiten, in der alle Interessen aufkommen können und die der Reichsregierung mit wertvollen Ratsschlüssen an die Hand gehen kann, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf. Ich hoffe, daß Ihnen das jederzeit und auch bei den heutigen Verhandlungen gelingen möge. (Beifall.)

Die Reichsversicherungsordnung.

Die Berichterstatter legen dem Ausschusse des Deutschen Handelstages hierzu eine längere Erklärung vor, in der folgende Ansichten und Forderungen hervorgehoben werden:
„Die Zusammenfassung der Bestimmungen über die verschiedenen Versicherungszweige in ein einheitliches Gesetz abzuschließen, da sie die Verständlichkeit und die Handhabung der Bestimmungen erschwert. Gegenüber dem vorläufigen Entwurf stellt der neue Entwurf eine Verbesserung dar. Gleichwohl hält er an der Errichtung von etwa 1000 Versicherungsämtern fest und ist insoweit zu verwerfen. Einen erheblichen Fortschritt macht der Entwurf mit der Vereinfachung der Zuständigkeit und des Inkompetenzgebietes an. Doch ist hierzu die Schaffung der Versicherungsämter nicht erforderlich. Das Reichsversicherungsamt ist in seiner Spruchstätigkeit für die Unfall-, die Invaliden- und die Hinterbliebenen-Versicherung für alle Entstehungen von arbeitsfähiger Bedeutung. Die Zuständigkeit der Landesversicherungsämter ist im Interesse der Rechtseinheit nicht zu erweitern.“

Krankenversicherung.

Mit der beabsichtigten Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen erklärt sich der Deutsche Handelstag einverstanden. Der Beitritt der Gemeindefrankenversicherung und der Schaffung von Landfrankenstellen ist zuzustimmen. Dagegen ist die Erhöhung der Betriebsfrankenstellen nachdrücklich zu bekämpfen. Der Erhöhung der Arbeitsgeberbeiträge sehen nicht unerhebliche Bedenken entgegen; doch soll ihnen keine ausschlaggebende Bedeutung beigemessen werden. Erste Bedenken müssen gegen die beabsichtigte Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten geäußert werden, durch die die Wahrung der berechtigten Interessen der Ärzten und der Versicherten gegenüber der Aerteorganisation nicht hinreichend gesichert erscheint.

Unfallversicherung.

Auch für die Unfallversicherung stimmt der Deutsche Handelstag der Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen zu; doch sind bei mit einem kaufmännischen Unternehmen verbundenen Betrieben zur Behandlung und Handhabung der Ware nur dann der Versicherung zu unterwerfen,

wenn zu dem Unternehmen eine offene Verkaufsstelle gehört. Die neuen Bestimmungen über die Rücklagen der gewerblichen Berufsvereinigungen bedeuten einen großen Fortschritt.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Die erhebliche Neuerung des ganzen Entwurfs liegt in der Ausdehnung der Hinterbliebenenversicherung auf die Invalidenversicherung. Trotz erheblicher Bedenken spricht sich der Deutsche Handelstag nicht dagegen aus, indem er dem Umstände Rechnung trägt, daß die Forderung auf invaliden Witwen und auf Waisen, also auf unterstützungsbedürftige Personen, beschränkt bleibt.

Den Punkt „Uligemeines“ behandelte Direktor Meesmann (Mainz). Er wies darauf hin, daß die letzten Listen im Jahre 1907 bereits 731 Mill. betragen haben. Dazu sollen neu hinzukommen 95 Mill. von den Unternehmern, 4 Millionen von der Arbeitslosen und 27 Millionen von Reich. Das Gesamtsumme 858 Millionen betragen wird. Dazu kommen neue Kosten durch die Einführung der Privatbeamtenversicherung. Das durch diese Steigerung auch Schattenseiten bestehen, kann keinem Zweifel unterliegen. Allgemein kann aber gesagt werden: niemand will heute mehr von dieser sozialen Versicherung jurist. Der Redner geht dann auf den Entwurf selbst ein. Die Sprache ist muttergütig. Störend wirkt aber der gewaltige Umfang, der namentlich eine Kommentierung sehr erschwert. Die übrigen Ausführungen des Referenten bewegen sich im Sinne der mitgeteilten Leitfäden.
Der Passus der Resolution, der sich auf den Punkt Uligemeines bezieht, wird einstimmig angenommen.

Den Abschnitt Krankenversicherung

behandelt zunächst Dr. Ade (Sannover). Er wendet sich vor allem gegen den gegen die Betriebsfrankenstellen erhobenen Vorwurf, daß durch sie die Versicherten in ihren Rechten benachteiligt würden. Auch der Vorwurf, daß die Betriebsfrankenstellen nicht immer leistungsfähig sind, ist hinlänglich. In der Praxis seien die Betriebsfrankenstellen mehr als die Ortsfrankenstellen. Das Verschwinden der Betriebsfrankenstellen würde in den beteiligten Kreisen sehr behauert werden. Daher muß an der Forderung festgehalten werden, daß die Gleichberechtigung der Betriebsfrankenstellen und der Ortsfrankenstellen im Gesetz zum Ausdruck kommt. Im übrigen geht der Redner die Bestimmungen des Entwurfs im Sinne der bereits mitgeteilten Resolution durch. Der Korreferent Dr. Dietrich (Mauen i. L.) beschäftigt sich namentlich mit den Einschränkungen, welche der Handelstag bei der Ausdehnung der Versicherungsweize auf das Hausgewerbe wünscht. Der Bundesrat soll besorgt sein, aus besonderen Gründen Hausgewerbebetriebe und ihre Hausgewerbetätigen von der Krankenversicherungsobligat zu befreien.

Bei der Abstimmung nach einzelnen Sähen wird die Resolution zur Krankenversicherung in der oben in diesem Programm an — Es trat hierauf die Mittagspause ein.

Halle und Umgebung.

Galle a. S. 14. April.

Erzellenz Kühn

der hochverdiente Gelehrte, dessen Lebenswerk den Ruf unserer Stadt als Hochschule für das landwirtschaftliche Studium begründet, der große Forscher, der weislich als der Vater der deutschen Landwirtschaft gepriesen wird, ist leider in den letzten Tagen an Krankenlager gestürzt.

Zu den Nachwirkungen der Influenza, die den Schützigen schwer in der Genußzeit schädigte, ist neuerdings eine Lungenerkrankung hinzugekommen, und in Anbetracht des hohen Alters muß der Zustand des Leidenden Beforgnis einflößen.

Hoffen wir, daß die zähe Energie, die unseren allerbährten Mitbürger durch so manche Schwierigkeiten des Lebens hindurchgeholfen, ihn auch diesmal noch über den tödlichen Anfall hinwegkommen läßt. Das wünscht die Bürgerschaft ihrem Ehrenbürger von Herzen!

Die Aussperrung beschlossen.

In Dessau ist gestern in einer Konferenz der Bauarbeiter, die auch die hiesigen Baufirmen umfaßt, die Entscheidung über die Frage der Aussperrung gefallen. Es wird ausgeperrt.

Ein Eilbericht unseres Spezial-Berichterstatters meldet uns darüber:

Die heute in Dessau tagende ordentliche Generalversammlung des Bezirks-Arbeiterverbandes für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen und Anhalt, steht einstimmig auf dem Boden des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Arbeiterverbandes für das Baugewerbe in Dresden vom 22. März 1910. Die Auslösung desselben, die Sitzung des Geschäfts am 13. April vorzunehmen, ist angenommen.

Stadtbahn und Konzeffurverlängerung.

Die Stadtbahn-Direktion bezieht in einem Schreiben an uns die Ausführungen, die im Namen des Magistrats am letzten Montag Herr Bürgermeister v. Hollig im Stadtvorstandeskollegium gab, als nicht zureichend und bittet uns, folgenden Briefwechsel abzurufen:

In der Stadtvorstandesversammlung vom 11. d. M. hat dem Herrsgerichte in Nr. 167 der „Saale-Zeitung“ zufolge Herr Bürgermeister von Hollig auf eine Petition des 3. kommunalen Bezirksvereins, die eine Fortführung der Stadtbahn vom Rannichsplatz bis zur Spitze Platz wünscht, die Erklärung abgegeben, daß der Magistrat die Sache mit der Behörde der Stadtbahnverwaltung habe. Die allgemeine Gehörlichkeits-Gesellschaft sei auch bereit, die Linie zu bauen, verlangt aber, daß sie in dem Jahre 1929 ablaufen die Konzeffur erbestigt verlängert werde. Das sei natürlich möglich ausgeprochen. Die Wünsche der Vereinen könnten aber vielleicht in anderer Weise befriedigt werden.“

Demgegenüber stellen wir hier, daß unsere diesbezüglichen Verhandlungen mit der Stadt sich auf folgenden Schriftwechsel beschränken:

Magistrat der Stadt Halle a. S. J.-Nr. Ca. 559/10. Halle a. S., 10. Febr. 1910.

In Bürgerverfammlungen ist wiederholt angetregt worden, die Stadtbahn Halle durch eine neue Linie Rannischerplatz-Beesener- und Huttenstraße zu erweitern, da der Verkehr in der Beesenerstraße mit deren vielen Wohnhäusern und Fabrikten, der Straßenanfall sowie dem Riebeckstift und der Blindenanstalt sowie den vielen Kaffeehändlern, die den Südbühnenhof besetzen, einen Straßenbahnbetrieb notwendig mache und keine Rentabilität gewähre. Wir fragen an, ob die Stadtbahn Halle geneigt ist, einem solchen Projekte näher zu treten.

ges.: v. Hoff.

An die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Stadtbahn Halle, g. Hd. des Herrn Direktors Seumich hier.

G. Nr. 3939. P. Halle a. S., 21. Febr. 1910.

An den Wohlthätigen Magistrat zu Halle a. S. Betrifft: Projekt Beesenerstraße zum Schreiben vom 10. II. 1910. J.-Nr. Ca. 559/10.

Auf die geehrte Anfrage vom 10. II. M. J.-Nr. 559/10, ob die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Stadtbahn Halle geneigt ist, einer neuen Linie Rannischerplatz-Beesener- bis zur Huttenstraße näherzutreten, erwidern wir ergebenst, daß wir diesbezüglichen Wünschen zu entsprechen bereit sind. Wir möchten uns nur zu bemerken erlauben, daß diese Erweiterungstrecke nicht mit Ablauf des bestehenden Vertrages kostenlos an die Stadt Halle übergehen dürfte, sondern daß der bis 1929 mit der normalen Tilgungsquote noch nicht amortifizierter Betrag der Herstellungskosten zu vergüten sein würde.

Indem wir einem gefl. Bescheide entgegensehen und uns zu etwa gewöhnlichen mündlichen Verhandlungen zur Verfügung halten, zeichnen wir Hochachtungsvoll

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Stadtbahn Halle. gez.: Seumich.

Danach haben wir eine Konzessionsverlängerung weder für die vorhandenen Strecken noch für die Verlängerungstrecke beantragt. Es war unsere Pflicht, den Wünschen der Bürgervereine wie auch der Stadtverwaltung möglichst entgegenzukommen.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Stadtbahn Halle.

Bei der Wichtigkeit der Sache für die Öffentlichkeit ist es wohl selbstverständlich, daß der Magistrat in irgend einer Weise dazu Stellung nimmt. In erster Linie ist dem Stadtvordnenstellenamt über die Behauptung der A. G. S. Aufklärung zu geben, da ja die Erklärung des Magistratsvertreters die Grundlage für den Beschluß der Stadtvordnen ist. Die Eingabe des 3. kommunalen Vereins für erledigt zu erklären.

Zollbeamtenag.

Der Provinzial-Verband Sachsen des Preussischen Landesverbandes technischer Zollbeamten in Berlin hielt am vergangenen Sonntag seine Hauptversammlung im hiesigen Sotel „Zuise“ ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden und Begrüßung der aus allen Gegenden der Provinz in überaus stattlicher Zahl erschienenen Verbandsmitglieder erstattete der Schriftführer den Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr.

Die sich anschließende Beratung der ziemlich umfangreichen Tagesordnung betraf neben der Wirkung der Befolgsordnung und der großen Reichsfinanzreform, welche gerade den Zollbeamten eine ganz erhebliche Mehrarbeit ohne Vermehrung der Beamtenstellen gebracht hat, auch schwebende Gegenstände.

Der sachverständigste Teil der Tagesordnung füllte ein interessanter Vortrag über die Bedeutung der „Provinzialzollbeamten“ aus. Ein gemeinschaftliches Mittagsmahl und ein Spaziergang durch das herrliche Saaleetal beendeten den Verbandstag.

Schwurgericht.

In der am 18. April beginnenden Sitzungsperiode des Königl. Schwurgerichts hier kommen folgende Sachen zur Verhandlung: Am 18. April, vorm. 10 1/2 Uhr, gegen a) den Masseur und Krankenpfleger Fedor Weiß, b) die Ehefrau Luise Koschke geb. Belger, c) die Ehefrau Sophie Waller geb. Sommer aus Halle a. S. wegen Verletzung und Versuch der Verletzung.

Am 19. April, vorm. 9 Uhr, gegen den Schmidt Kasimir Mos aus Halle a. S. wegen Straßenraubes und ferner gegen den Arbeiter Stanislaus Gloski und den Arbeiter Kasimir Mos, beide hier in Haft, wegen Raubes.

Am 20. April, vorm. 9 Uhr, gegen den Freikauer Gustav Schüpke aus Esleben wegen verlustiger Raubthat.

Am 21. April, vorm. 9 Uhr, gegen den Dienstheft Friedrich Hermann Wöhe aus Großjea a. S. wegen Körperverletzung mit Todesfolge.

Am 22. April, vorm. 9 Uhr, gegen den Brieftäger Wilhelm Birze in Halle a. S. wegen Urkundenfälschung und Betrugs.

Misshandlung in der Paulsenstraße.

Auf die am nächsten Sonntag, den 17. d. M., abends 8 Uhr stattfindende Kirchenmusik, die der Paulsenkirchenvorstand, seit hierdurch noch einmal hingewiesen. Das Programm bringt im 1. Teile Musik von Rob. Schumann und seinen Gesinnungsgenossen Hauptmann und Mendelssohn; der 2. Teil enthält ausschließlich moderne Musik: von Bizet, dem großen Meister und Schöpfer neuer Kunst, ausgehend über Coraelli und W. A. Mozart bis zum Lebenden Beethoven, Wagner und Liszt.

Ein besonderes Interesse beanspruchen die beiden Chöre „Seligkeiten“ und „Wandlung der Kirche“ aus dem „Christus“ dem bedeutendsten Werke Bizets, das in Halle bisher noch nicht aufgeführt wurde. Ebenfalls kommt der große Karlsruher Organist Herr Widor erstmalig hier zu Gesähe mit seiner S. Symphonie für Orgel.

Als Solfeggien werden mit: Herr Konzeptschreiber H. Schmitt (Wolke) und Herr Lorenz (Bariton); an der Orgel sitzt auch

diesmal Herr Hoyer aus Leipzig, der von der vorzüglichen Handlungsführung der noch in besserer Erinnerung steht.

Zum Eintritt berechtigten Programme, die im Vorverkauf für 20 und 40 Hg., am Konzertabend an der Kasse für 30 und 50 Hg. zu haben sind.

Universitäts-Tennisplätze. Die nach dem Winter wiederhergestellten Universitäts-Tennisplätze auf der Jagdewiese sind vom 1. Mai ab auch in diesem Jahr Nicht-Universitätsangehörigen, soweit die Plätze nicht von der Universität in Anspruch genommen sind, zugänglich. Die Berechtigung wird auf Befürwortung eines Universitätsmitgliedes durch einen der Vorkasse (gültig vom 1. Mai bis 15. Oktober) oder einer halben Karte (gültig vom Anfang August bis 15. Oktober) erworben. Ebenso kann für den vom 15. April bis 15. August geöffneten Turnplatz von Nicht-Universitätsangehörigen das Benutzungsrecht nach vorheriger Verständigung mit dem Universitäts-Turnlehrer durch einen der Semester- oder Monatskarte erlangt werden. Sämtliche Karten werden auf dem Universitäts-Kuratorium ausgegeben, wo auch weiteres zu erfahren ist.

Ernst Moritz Arndt-Feier. Der Chaug. Männer- und Jünglingsverein zu Halle-Giebichenstein und Cröllwitz bezieht am nächsten Sonntag sein 20. Stiftungsfest durch einen Familienabend im Burgtheater, der besonders dem Gedächtnis des großen Patrioten Ernst Moritz Arndt gewidmet sein soll. Im Mittelpunkt des Abends steht dessen ein Vortrag des Herrn Oberlehrer Dr. B. B. über „Ernst Moritz Arndts Bedeutung für seine und unsere Zeit“. Defamationsurteile Arndts gegen Gelehrte und gemeinsamer Gesang seiner nachstimmlichen Lieber werden weiter seine Persönlichkeit und seinen Geist den Anwesenden nahe bringen: Freunde und Gönner, namentlich auch die neu-konfirmierten Söhne mit ihren Eltern sind eingeladen, damit sie das Leben und Treiben im Verein, wie die Mitglieder kennen lernen.

Beamten-Verein „Güldenau“. Auf der Tagesordnung der Monatsversammlung, die Sonntag, den 17. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Schultheiß“, Merseburgerstr. 10, stattfindet, steht u. a. Vortrag des Herrn Ingenieur L. L. über: „Majestätliche Einrichtungen von Briefmaschinen“. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

Gemeindearbeiter-Verband. Am Sonnabend abends 8 1/2 Uhr findet im „Marktgarten“, Brüdertstr. 7, eine Versammlung der Gemeindearbeiter statt. Alle in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter sind willkommen.

Verband der Hilfs-, Fabrik- und Transportarbeiter. Die nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Marktgarten“, Brüdertstr. 7, statt. Jeder auf nationalen Boden stehende unorganisierte Arbeiter ist willkommen.

Christliche Männervereine. Die zentrale Frage des Christentums war es, die in der Männerversammlung dieses Monats, Mittwoch, 27. zur Verhandlung kam: die Frage nach der Auferstehung Jesu. Der Vortragende, P. Meinhold, fasste das Ergebnis seiner Ausführungen selbst dahin zusammen: „Das Zeugnis des Bewusstseins, das Zeugnis der Schrift, das Zeugnis der Geschichte der Christenheit, die drei — je einzeln für sich nicht widerlegbar — in ihrem Zusammenbringen sie uns zu der Gewissheit: Jesus lebt.“ — Eine lebhaft ausgeführte Einwände von moderner Natur- und Geschichtsauffassung aus wurden freimütig geäußert und hin und her besprochen. Erst verschiedene Disziplinäre kamen zum Worte; einige wiederholt. — Auch dieser Abend hat gezeigt, das bezerrige Gelegenheiten zu offener Aussprache unter ersten Männern in nicht allzu großer Kreise — die Volksversammlung großen Stills kam bezerrige Aufgaben nicht erfüllen — einem wirtlichen Bedürfnis entsprechen. — In der nächsten Monatsversammlung, am 8. Mai, soll die Frage besprochen werden: „Was ist und wie wird eine lebende Gemeinde?“ Anregung dazu hat die Konferenz der Gemeindearbeiter gegeben, die kürzlich in Braunschweig stattgefunden. P. Wagner, der an ihr teilgenommen hat, wird das Thema behandeln.

Staubbrand. Gestern nachmittags 3/4 Uhr entstand im Kuttelhof 13 III ein Staubbrand. Er konnte noch rechtzeitig von den Hausbesohnern gelöscht werden. Die Feuerwehr brauchte nicht einzugreifen.

Provinzial-Nachrichten.

Geb. Kommerzienrat Müllner.

Im Alter von 86 Jahren verstarb am Mittwoch in Leipzig der Geb. Kommerzienrat Julius Müllner. Geboren am 11. März 1824 als Sohn eines Tischlers im Dorfe Falkenstein bei Zeitz, erlernte er nach dem Besuche der Dorfschule die Tischlerei, kam dann 1842 als Geselle in die Pianofortebau, diente von 1845—1847 bei den Jägern, wandte sich darauf nach Leipzig und etablierte sich am 7. November 1853. Im Jahre 1854 verlor er den ersten Fingel — heute, nach 56 Jahren, sind es gegen 50 000 Fingel, die den Namen der Firma in aller Welt erklingen lassen.

(?) Unterdrückungen, 12. April. (Unfall beim Turnen.) Bei der am Sonntag in Querfurt stattfindenden Bezirksturnerfunde kam der 20jährige Turner Otto W. W. auf hier los und stieß auf Halle, daß er den Unterarm brach. Das Unglück geschah dadurch, daß beim Abwinken vom Reck die Matratze auf dem glatten Fußboden wegrutschte.

Müllner a. G., 12. April. (Einfahren von Kastrat.) Auf Veranstaltung der Hilfsvereins der Provinz Sachsen sind 20 000 junge Male aus der Hamburger Fischzuchtanstalt nach hier gefahren und in die Elbe eingekiegt worden.

(?) Liebenwerda, 12. April. (Ein in die Zeitung gebrachtes Aprilmärgen) von dem Goldfunde bei Dobra (Kreis Liebenwerda) ließ eine biedere Bauerfrau aus in unfernen heimathlichen Gesellen eifrig nach dem glänzenden Metalle forschen. Zu ihrer großen Freude fand sie auch vor einigen Tagen goldglänzende Geselle. Still, aber eifrig sammelte sie die Schätze und beschwerte ihren Mäden mit 31 Pfund des vermeintlichen Reichthums, den sie nun einem hiesigen Uhrmacher und Goldarbeiter zur Prüfung und Befichtigung vorlegte. Hier erhellte die hoffnungsfreudige Frau aber die erste Enttäuschung, weil der Goldarbeiter durchein den Gold in den Gesellen erkennen wollte. Zuletzt verprügelte er aber den Goldgräber, die Geselle von einem Winterhügel unterhalb zu lassen, von dem die gute Frau nun erfaßt, daß sie 31 Pfund verwirkten Granit, mit Glimmer durchsetzt, vergebens nach der Stadt gebracht hatte.

? Korbhagen, 13. April. (Wagnadigung) In der letzten Schwurgerichtsperiode war eine Frau Wagner wegen Kindesmordes zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Auf das von den Geschworenen eingetragene Gnadengesuch ist die Berufung nun zu 3 Jahren Gefängnis begnadigt worden.

(?) Nohlan, 13. April. (Vom Zuge getötet.) Der Bahndarmer Lups wurde heute früh vier Uhr auf der Strecke

Nohlan-Zerbst tot aufgefunden. Vermuthlich ist er beim Neudieseln der Strecke vom Zuge getötet.

Roburg, 12. April. (Ein kleiner Schäferhund) wurde wieder Tage nach jenem Kamen gefragt. Krenp erfolgte die Antwort: „R...“ Da aber der Lehrer auch den Kamen wissen wollte, fragte er: „Nun, wie züft dem deine Mutter noch die? „Gehe reil!“ (Geht zu rein) antwortete der Kleine schüchtern. „Ach nein, ich meine, wenn dir deine Mutter einmal noch zur H...“ Da gibt sie mir ein Butterbrot.“ wurde dem Lehrer entgegen. „So.“ sagte dieser, „das ist ja recht schön, aber wenn du auf der Straße bist, wie züft sie denn dann?“ „Da hör ich einfach nicht lautete die Antwort. Endlich wurde unter allgemeiner Heiterkeit der Kasse dem Lehrer zugeföhrt, daß der kleine Schlämmer „Fritze“ helpe, und somit war endlich das schwierige Rätsel gelöst.

Leipzig, 13. April. (Todessturz beim Fenster-pugen.) Das Dienstmädchen Frida Maria Johanna Bernhardt (geboren am 12. August 1891 in Halle a. S.), das bei seiner Mutter in der Grillenstraße 27 wohnte, ist heute morgen beim Fensterputzen aus der dritten Etage auf die Straße abgegestürzt. Das Mädchen war sofort tot.

Letzte Nachrichten.

Vorbereitungen zur Luftschiff-Expedition.

H. Stuttgart, 13. April. Im Auftrag der Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft unternahmen der Ingenieur Lofsch und der Kapitän Pau auf dem Mortarschießplatz bei Pontresina provisorische Versuche mit Instrumenten, die der Verankerung von Luftschiffen in Eise dienen sollen und für die stattfindende Polarexpedition mit einem Luftschiff bestimmt sind. Wegen des schlechten Wetters unterließ diesmal die persönliche Teilnahme des Grafen Zeppelin. In zwei oder drei Wochen jedoch sollen diese Versuche wiederholt werden, an denen dann der Graf teilnimmt.

Grangiger Selbstmord.

H. Essen a. Ruhr, 13. April. Gestern abends gegen 1/2 10 Uhr wurde auf der Straße Vorbeck-Friedrich ein Soldat des 56. Inf.-Regts. von einem Wagen der elektrischen Vollbahn überfahren und getötet. Er hatte sich aus bisher noch unbekanntem Gründen in selbstmörderischer Absicht mit dem Kopf auf die Schienen gelegt und wurde sofort getötet. Der Kopf wurde ihm vom Pumpe getrennt und der übrige Körper vollständig geremal.

Attentat auf einen Eisenbahnzug.

H. Essen a. Ruhr, 13. April. Zwischen der Station Gleezstraße und Neu mühl wurde versucht, einen Personenzug zum Entgleiten zu bringen, indem Steinwürfe auf die Bahnräder geschleudert wurden, jedoch noch rechtzeitig bemerkt und als Täter ein Steinwürfer sowie zwei schuldige Schutzknaben ergriffen. Sie haben ein Geständnis abgelegt.

Ein verwickeltes Attentat.

H. St. Etienne, 13. April. Die Polizei verhaftete heute einen Arbeiter namens Duplanil, der mit großer Unvorsichtigkeit in das Hotel, in dem der Kabinetschef Brand abgetreten ist, einzudringen versuchte, um diesen zu sprechen. Der Hoteldirektor, der durch das schlechte Aussehen des Arbeiters mißtrauisch geworden war, teilte diesem mit, Brand lie ausgegangen. Darauf ließ er den Arbeiter durch die Polizei verhaften. In dessen Besitz fand man einen Dolch und mehrere scharf geladene Revolver. Im Verhör erklärte der Verhaftete, er habe die Absicht gehabt, den Kabinetschef zu ermorden. Später behauptete er, er habe Brand aus politischen Gründen ermorden wollen, weil er ihn seiner Würde beraubt habe, und erklärte weiter, er sei ein Opfer der Freidenklichen, was ihm noch nicht schicklich, ob man es mit einem Verbrecher, der künftigen, oder mit einem Unzurechnungsfähigen zu tun hat. Jedenfalls steht fest, daß er den Kabinetschef ermorden wollte.

Ein politisches Attentat.

W. Athen, 13. April. Der frühere Hauptmann C. Chaliopulos, der in einer Proklamation den Militärbund und den Kriegsminister Jordan angegriffen hatte, wurde von zwei Unteroffizieren der Kanallerie hinterträts überfallen und mit Gabelstichen am Kopf schwer verwundet. Die Unteroffiziere wurden von dem empörten Volke und von Genarmen festgenommen. Chaliopulos begab sich, nachdem ihm ein Verband angelegt worden war, zum Ministerpräsidenten, der die Bestrafung der Schuldigen versprach. Die Bevölkerung demonstrierte gegen die Arme und die Offiziere. Schon einmal verübten vor kurzem Unteroffiziere einen ähnlichen Überfall auf den Generalkommandanten, der ebenfalls den Militärbund kritisiert hatte.

Weiter-Blicke.

- 15. April: Regen, windig, bewölkt, schwache Regen.
- 16. April: Bistlich heiter, keine Sonne, später bewölkt.
- 17. April: Heiter bei Wolkenzug, am 18. März, windig.
- 18. April: Bistlich mit Gewitter, mäßiger, Strohregen.
- 19. April: Bistlich, teilw. heiter, mäßige, teilweise etwas Regen.
- 20. April: Bistlich mit Sonnenschein, angenehm warm.

Unterhaltungsblatt.

Der brennende Berg. Von Hans Strobl. (Fort.) — Kanonengeschichten. Von Theodor Rulmann. — Natur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Poldow; für das Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Interaktiven: Friedrich Endrat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. — Halle in Halle a. S. — Die Nummer umschließt 8 Seiten. — wöchentliches Unterhaltungsblatt.

